

Sicherheitsverbund Schweiz : eine grosse Chance

Autor(en): **Thomann, Eugen / Keller-Sutter, Karin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **177 (2011)**

Heft 10

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-178599>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sicherheitsverbund Schweiz – eine grosse Chance

Das Wort von Karin Keller-Sutter, der Sicherheits- und Justizdirektorin des Kantons St. Gallen, hat in der Sicherheitspolitik grosses Gewicht. Trotz dem Wahlkampf, den sie nebenher um einen Ständeratssitz führt, analysierte sie für die ASMZ die Ausgangslage des Sicherheitsverbundes Schweiz.

Eugen Thomann, Redaktor ASMZ

Frau Regierungspräsidentin, Sie präsidierten die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren. Welche Rolle spielt die KKJPD in der schweizerischen Sicherheitspolitik? Wie erleben Sie diese Institution?

Diese Fachdirektorenkonferenz spielt eine sehr wichtige Rolle in einem originären Zuständigkeitsbereich der Kantone. Gerade weil die Kantone selbständig handeln, bedarf die innere Sicherheit der Koordination. Für alle diese Fragen verschaffte sich die KKJPD in den letzten Jahren Gehör beim Bund. Ernst genommen werden wir vom Bundesrat und vom Parlament.

Dessen sicherheitspolitischen Kommissionen haben wir mehrfach auseinandergesetzt, weshalb ein Armeebestand von 80 000 nicht reicht. Solange die Armee die einzige Sicherheitsreserve des Bundes bildet und das Prinzip der subsidiären Hilfe gilt, muss die Stärke der Armee die Kantone beschäftigen.

Nach meiner Wahl in den Vorstand übertrug mir die KKJPD vor Jahren das Projekt «BGK», das «Bildungspolitische Gesamtkonzept für die Polizei und die Strafjustiz». In seinem Rahmen gelang, die schweizerische Polizeiausbildung gleichzeitig zu vereinheitlichen und zu regionalisieren. In der Folge entstanden die interkantonalen Polizeischulen Hitzkirch und Amriswil. Weil die Umsetzung des Projektes besonders das Schweizerische Polizei-Institut betraf, trat ich in dessen Stiftungsrat ein, erst als Präsidentin und bis heute als Mitglied.

Als seinerzeitige Vizepräsidentin der KKJPD gründeten Sie 2005 zusammen mit Bundesrat Samuel Schmid die «Plattform». Wie kam es dazu? Welche Ergebnisse und Wirkungen zeitigte dieses Forum?

Am Anfang standen Spannungen, aufgetreten zwischen Bundesstellen und kantonalen Polizei. Es ging um ganz profane

Dinge wie die Abgeltung von zugunsten der Kantone erbrachten Leistungen der Armee oder um den Botschaftsschutz «AMBA CENTRO».

Näher betrachtet, fanden sich viele kleinere und komplexere Gesprächsthemen. Wir kamen überein, sie in einem Korb aufzufangen, ihre Diskussion zu institutionalisieren. Das war der Ursprung der Plattform des VBS und der KKJPD.



Sicherheitsdirektorin Karin Keller-Sutter 2009 zu Besuch bei der SWISSCOY, ganz links der damalige Chef FST A, Divisionär Peter Stutz. Bild: U. Ferrari

Als erstes wichtiges Ergebnis verabschiedete die Plattform «Kernaussagen zu Armee-Einsätzen im Rahmen der inneren Sicherheit». Wie sie festhalten, bleibt der Lead für Einsätze unterhalb der Kriegsschwelle immer bei den Kantonen. Das wirkte spannend. Sofort verschwand der Eindruck, die Armee grase unter dem Zaun hindurch, suche fremde Kompetenzen an sich zu ziehen. Sie leistete in Übungen auch den Tatbeweis, indem sich ihre Kommandanten den zivilen Verantwortlichen «einsatzunterstellten». – Weitere Absprachen führten dazu, dass der Botschaftsschutz weitgehend in zivile Hände übergang und die Armee, insbesondere die

Militärische Sicherheit (Mil Sich), vor allem zu Ausbildungszwecken eingebunden blieb. – Die Mil Sich ist von der Plattform anerkannt als erstes Mittel der Armee zum Unterstützen der zivilen Polizei und ihr Berufspersonal als unentbehrlich zum Schulen der die Mil Sich ablösenden Milizverbände. Ziel muss ja sein, die zivile Polizei rasch und nachhaltig zu entlasten, damit sie sich wieder den Kernaufgaben widmen kann.

Die Plattform gab das Vorbild ab für den im Sicherheitsbericht 2010 vorgezeichneten «Sicherheitsverbund Schweiz».

Wie entwickeln sich der Sicherheitsverbund Schweiz und sein Koordinationsorgan? Was sind Ihre Erwartungen?

Im vergangenen Juni fand eine konstituierende Sitzung statt. Entscheidend wird demnächst sein, wer als Sicherheitsdelegierter gewählt wird, mithin als Ausführungsorgan und Bindeglied zwischen Bund und Kantonen. Diese Verbindung war bisher nur schwach ausgebildet, indem der Generalsekretär der KKJPD als einziger Kantonsvertreter in der «Lenkungsgruppe Sicherheit» des Bundes sass. Auf der anderen Seite entwickelte die KKJPD zusammen mit den Polizeikommandanten Strukturen zur Bewältigung von Grosslagen unter dem Stichwort «IKAPOL»; es steht für interkantonale Polizei-Einsätze. Auf ein rein polizeiliches Grossereignis sind wir recht gut vorbereitet, und das kann in anderen Bereichen als Vorbild dienen.

Nun gilt es herauszufinden, wie man zusammenarbeitet und wie man dieses Zusammenwirken schult. Mit der grossen für 2014 geplanten Übung zeichnet sich ein Meilenstein ab. Das alles muss in verhältnismässig ruhigen Zeiten geschehen, also jetzt, und zwar so schnell als möglich, weil wir keinen Tag im Voraus wissen, was auf uns zukommt.

Es geht nicht darum, die frühere «Gesamtverteidigung» wieder aufleben zu las-

sen, sondern in einer ähnlichen Richtung vorwärts zu kommen.

Ich war Anhängerin der pragmatisch wirkenden «Plattform». Das neue Gebilde darf nicht zu bürokratisch werden.

Welche Rolle gebührt der Armee im Sicherheitsverbund Schweiz?

Sie bildet die einzige Sicherheitsreserve. Wie die Übung «AEROPORTO» kürzlich zeigte, hält die zivile Polizei – bei aller interkantonalen Unterstützung – gerade 72 Stunden durch. Zum Bewachen bedrohter Objekte, zum Regeln des Verkehrs, für Logistik und Transporte sind wir danach auf die Armee angewiesen. Wer die Armee schwächt, schwächt auch die innere Sicherheit.

Verteidigung bildet unbestritten den Kernauftrag der Armee. Der wahrscheinlichste Auftrag lautet jedoch: Unterstützen der zivilen Behörden. Nie haben wir daran gedacht, die Polizeistärke für ausserordentliche Lagen auszulegen, also auf das Doppelte der heutigen 16 000 zu steigern; sie reichen knapp für die normale Lage.

Auch andere Länder greifen auf Streitkräfte zurück, beispielsweise Deutschland auf seine Bundeswehr bei katastrophalem Hochwasser.

Die Armee bleibt eine Garantin der inneren Sicherheit. Nach Überzeugung der KKJPD benötigt sie dafür einen Bestand von 100 000. Sonst reichen ihre Kräfte nicht einmal für eine erste Ablösung.

Was erwarten die Kantone von der Militärischen Sicherheit (Mil Sich)?

Wie schon angetönt, betrachten wir das Berufspersonal der Mil Sich als erstes Einselement. Es kann die zivile Polizei schnell entlasten, kennt die Aufgabe und ist die polizeiliche Zusammenarbeit gewöhnt. Wie wir seinerzeit mit Bundesrat Samuel Schmid vereinbarten, obliegt der Mil Sich in einer späteren Phase das Ausbilden der nachrückenden Truppen, die uns unterstützen sollen. Darauf legen wir sehr viel Wert.

Was bedeuten der Berufspersonalabbau der Mil Sich und die allfällige Ausgliederung des militärischen Personenschutzes für die innere Sicherheit der Schweiz?

Das würde uns keine Freude bereiten. Irgendwie fehlt es an Klarheit. Wohin wollen wir mit den subsidiären Einsätzen? Wenn die Armee das Kompetenzzentrum Personenschutz und das Militärpolizei-Spezialdetachment aus der Mil Sich herauszieht und mit dem Armee-Aufklärungsde-

tachment 10 (AAD 10) im Kommando der Spezialkräfte zusammenlegt, ist das ihr Entscheid. Aber hier würde eine Einheit aufgelöst, ohne dass man weiss, wohin die Reise gehen soll. Freilich mag Synergie der Ausbildung ein Stück weit dafür sprechen.

Ich persönlich glaube nicht an einen Einsatz des AAD 10 im Landesinnern, sondern halte es für ein wertvolles Instrument der Aussenpolitik, zum Repatriieren in Not geratener Landsleute oder zum Schutz von Schweizer Botschaften und Konsulaten im Ausland. Jedes Land hält sich ein solches Werkzeug, und wir sollten es nicht «kalt» abschaffen.

Abschaffen würde ich ebenso wenig das «Schutzdetachment Bundesrat». Vielmehr sollte man den aus unseren Polizisten zusammengesetzten und auf Kosten unserer Polizeiarbeitszeit ausgebildeten Verband gelegentlich zugunsten der Kantone einsetzen.

Der Sicherheitsverbund Schweiz hat im Nachgang zum Sicherheitsbericht 2010 dringend einige strategische Fragen zu klären. Dazu gehört jene der planbaren Einsätze, welche die zivile Polizei personell überfordern.

Wo orten Sie die grossen Baustellen der künftigen Schweizer Sicherheitspolitik?

Als Erstes bezeichne ich das erwähnte Problem der Subsidiarität. Hier bietet der Sicherheitsverbund in nächster Zeit eine grosse Chance, gemeinsam weiterzukommen.

Ferner genügen die Bestände der Polizei nicht, erst recht nicht für grosse Ereignisse. Wenn jede Spielwoche schweizweit ungefähr 1000 Polizistinnen und Polizisten Sonderdienst für einen Sportanlass leisten, wird die Grundversorgung unweigerlich ausgedünnt.

Schliesslich sollten die Polizeikonkordate ihre Fachdienste weiterentwickeln. Es macht keinen Sinn, dass kleine Polizeikorps in ausgesprochenen Spezialbereichen – ich denke beispielsweise an das kriminalistische Auswerten von Informatikmitteln – auf sich selber gestellt sind. Da bietet sich an, auf Konkordatebene Kompetenzzentren zu bilden, wo die Spezialisten einander unterstützen, Erfahrungen gewinnen und austauschen, mit der Entwicklung Schritt halten können. Ähnliches trifft auf sicherheitspolizeiliche Spezialisten wie Polizeigrenadiere zu. Für die politische Kontrolle gilt es, hier ein Gefäss zu finden. Insgesamt stärkt das die kantonale Polizeihöhe.

Frau Regierungspräsidentin, ich danke Ihnen für dieses Gespräch. ■



Karin Keller-Sutter

seit 2000 Mitglied des Regierungsrates des Kantons St. Gallen und Vorsteherin des Sicherheits- und Justizdepartementes, 2011 zum zweiten Mal Regierungspräsidentin

Präsidentin der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

geboren am 22. Dezember 1963, aufgewachsen und wohnhaft in Wil, verheiratet mit Morten Keller

Hobbys: Literatur, Bewegung in der Natur, Geselligkeit

Beruf

- Schulen in Wil und Neuchâtel
- Studium als Übersetzerin und Konferenzdolmetscherin in Zürich (2 Diplome)
- Studienaufenthalte in London und an der Universität Montreal (Politikwissenschaft)
- Nachdiplomstudium der Pädagogik am pädagogischen Institut der Universität Fribourg
- Lehrbeauftragte für Sprache und Literatur

Politik

- 1992–2000 Gemeinderätin in Wil (1997 Gemeinderatspräsidentin)
- 1995–2000 Vorstandsmitglied des Kantonalen St. Gallischen Gewerbeverbandes
- 1996–2000 Kantonsrätin
- 1997–2000 Präsidentin der FDP des Kantons St. Gallen
- Präsidentin der Ostschweizer Strafvollzugskommission
- Ehemalige Präsidentin und heutige Stiftungsrätin des Schweizerischen Polizeinstitutes
- Vertreterin der St. Galler Regierung in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Gesellschaftliches

- Mitglied Regionalvorstand SRG Deutschschweiz
- Stiftungsrätin der Stiftung für internationale Studien der Universität St. Gallen
- Präsidentin des Patronatskomitees «Hof zu Wil»